



| | | |
|--|-----------------|------------------|
| BESCHLUSSVORLAGE | Vorlage Nr.: | 2020/0069 |
| | Verantwortlich: | Dez. 5 |
| Mitgliedschaft der Stadt Karlsruhe im CO₂-Abgabe e. V. | | |

| Beratungsfolge dieser Vorlage | | | | | |
|-------------------------------|-------------------|-----------|----------|----|-------------------|
| Gremium | Termin | TOP | ö | nö | Ergebnis |
| Gemeinderat | 18.02.2020 | 16 | x | | zugestimmt |
| | | | | | |
| | | | | | |

Beschlussantrag

Der Gemeinderat beschließt, dem Verein CO₂-Abgabe e. V. beizutreten.

| | | | | | |
|--|-------------------------------------|--|---|--|--|
| Finanzielle Auswirkungen | Gesamtkosten der Maßnahme | Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.) | Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen) | | |
| Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> | 3.052 € | | ca. 3.050 € | | |
| Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input checked="" type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu | | | | | |
| IQ-relevant | | Nein <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> | Korridor-thema: Grüne Stadt | | |
| Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO) | <input checked="" type="checkbox"/> | Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> | durchgeführt am | | |
| Abstimmung mit städtischen Gesellschaften | <input checked="" type="checkbox"/> | Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> | abgestimmt mit | | |

Das Thema (Vorlage 2019/0645, Antrag der GRÜNEN vom 25.06.2019) wurde aus dem Gemeinderat in den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit verwiesen. Nach der gemeinsamen Beratung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Naturschutzbeirat am 24. Oktober 2019 sprach sich der Naturschutzbeirat einstimmig für den Antrag aus. Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit votierte mit großer Mehrheit für den Antrag.

Dem Anliegen, mit einer sozialverträglich gestalteten CO₂-Bepreisung im Sinne der Idee des CO₂-Abgabe e. V. auf den Klimaschutz steuernd Einfluss zu nehmen, steht die Verwaltung aufgeschlossen gegenüber. Es wird für notwendig gehalten, dass in der Gesetzgebung bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Klimaschutz zu forcieren. Allein mit den Möglichkeiten einer Kommune können die notwendigen Klimaziele nicht erreicht werden.

Auch die Kommunalverbände und zahlreiche andere Institutionen wie zum Beispiel das Umweltbundesamt halten eine CO₂-Abgabe für eine sinnvolle Maßnahme.

Der CO₂-Abgabe e.V. hat folgende Ziele (Internetseite co2abgabe.de):

„Konzept CO₂-Abgabe

Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um die international vereinbarten Klimaschutzziele zu erreichen und damit große und zum Teil unumkehrbare Schäden für Natur und Mensch abzuwenden oder zu mildern.

Ohne lenkende CO₂-Preise auf fossile Energieträger werden die Klimaschutzziele verfehlt.

Hauptverursacher des Klimawandels ist der CO₂-Ausstoß, der durch die Verbrennung von Kohle, Öl, Gas, in die Atmosphäre erfolgt. Daraus folgt: Ohne einen zügigen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern ist der Klimawandel nicht aufzuhalten. Aber zum Ausstieg gibt es keinen Anreiz, weil CO₂ keinen wirksamen Preis hat und damit den ökonomischen Rahmenbedingungen die Lenkungswirkung fehlt. Wer die Atmosphäre verschmutzt, soll auch dafür zahlen – mit einer verursachergerechten CO₂-Abgabe.

Der Weg zu internationalen CO₂-Preisen führt über nationale Initiativen.

Der europäische Emissionshandel scheitert an der unzulänglichen Umsetzung, mit einer wirksamen Änderung ist auch in den nächsten Jahren nicht zu rechnen. Nationale CO₂-Abgaben hingegen lassen sich einfacher umsetzen – wie schon andere Länder (Schweden, Schweiz, Großbritannien) zeigen. Nationale Initiativen stehen internationalen CO₂-Preisen nicht im Weg, sondern werden internationale Vereinbarungen beschleunigen.

Eine Abgabe statt vieler Steuern und Umlagen

Mit den Einnahmen aus der CO₂-Abgabe können bestehende Steuern und Umlagen auf Energie, wie z.B. die EEG Umlage, die Stromsteuer und die Energiesteuer auf Heizöl und Heizgas, finanziert werden. Im Gegenzug entfallen sie für den Verbraucher. Es geht also nicht um Mehrbelastung, sondern um eine Neuausrichtung von Steuern und Umlagen am Klimaschutz. Bürgerinnen, Bürger und mittelständische Unternehmen zahlen damit insgesamt nicht mehr und es profitiert, wer sich klimagerecht verhält.

Über die nationale CO₂-Abgabe werden:

1. die nationalen Klimaschutzziele erreicht,

2. die Kosten der Energiewende und des Klimaschutzes gerechter und sozialverträglicher verteilt und
3. starke Anreize für Investitionen in Energieeffizienz und den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien erzeugt.

Wir wollen mit unserer Initiative Akteure, die unser Anliegen teilen, unterstützen und einladen, für eine ökonomische Neuausrichtung der Energiewende zu werben. Wir sind davon überzeugt, dass unser Anliegen im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung verankert werden muss.

Dafür werben wir und laden andere ein, uns dabei zu unterstützen. Je deutlicher sichtbar wird, wie stark diese Unterstützung von Unternehmen und anderen gesellschaftlichen Gruppen ist, desto leichter wird es der Politik fallen, sich dieser Thematik parteiübergreifend anzunehmen.“

Vorteile eines Beitritts von Kommunen zum CO₂-Abgabe e. V.:

1. Kommunen sind direkt vom Klimawandel betroffen, Klimaschutz braucht deshalb eine kommunale Lobby.
2. Der Verein vertritt kommunale Interessen einer verursachergerechten CO₂-Bepreisung in Berlin zielgerichtet.
3. Die Stimme einer Kommune wiegt mehr als die Stimmen einzelner Bürgerinnen und Bürger.
4. Karlsruhe will als Kommune intensiver im Klimaschutz vorangehen, aber die bundespolitischen Rahmenbedingungen verhindern dies bislang.
5. Bürgerinnen und Bürger, Gewerbe und Kommunen profitieren finanziell von der konsequenten Umsetzung des CO₂-Abgabe Konzepts.

Der Mitgliedbeitrag beläuft sich auf 0,01 €/Einwohner und Jahr. Für die Stadt Karlsruhe entstehen hierdurch Ausgaben in Höhe von 3.052 € bezogen auf die Einwohnerzahl des Jahres 2017.

Bisher sind unter anderem auch die Städte Erlangen, Freiburg und Schönau im Schwarzwald als Mitglied registriert.

Die Verwaltung befürwortet daher den Antrag und empfiehlt, den Beitritt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dem Verein CO₂-Abgabe e. V. beizutreten.